

»Wir setzen uns weiter für eine Erhöhung der Kulturförderung ein« Anja Apel



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Dezember 2021



Verkehrswende sozial gestalten!

Fahrpreise für Bus und Bahn nicht zu Lasten der Fahrgäste erhöhen.

» Seite 2

Zusammen wachsen

Kundin gegen Beschäftigten? Radler gegen Autofahrerin?
Gesamtgesellschaftlicher Fortschritt braucht ein
solidarisches Miteinander

Grüne und FDP auf Bundesebene wollen die Zerschlagung der Bahn. Schon zeigt sich eine der typischen Sollbruchstellen der deutschen Gesellschaft – die zwischen Kundinnen und Kunden auf der einen und den Angestellten der Dienstleistungserbringer auf der anderen Seite. Während Fahrgastvertretungen pro Zerschlagung argumentierten, läuft die Gewerkschaft der Eisenbahner Sturm. DIE LINKE wendet sich gegen die Zerschlagung – nicht nur, weil sie Schwarz für die Verkehrswende sieht, sondern weil sie auch die Belange der Beschäftigten im Blick hat. Konkurrenzdruck be-

deutet Lohndruck. Es ist nicht das erste Mal, dass den Beschäftigtenvertretungen die Kundenverbände die Solidarität versagen.

Dabei wäre eine Solidargemeinschaft aus Kundinnen und Kunden und Beschäftigten in der Forderung nach auskömmlich finanzierten, guten Leistungen stärker. Ein Beispiel, dass so was gelingen kann, lässt sich in Dresden finden: in der Kulturförderung. In einer neuen Förderrichtlinie sind erstmals Honoraruntergrenzen festgelegt. Es soll in unserer Stadt nicht nur ein breites kulturelles Angebot für Besucherinnen und Besucher geben,

nicht nur das Überleben der Kulturbetriebe gesichert werden, es sollen auch die vernünftig entlohnt werden, die mit ihren Darbietungen Kultur möglich machen. Ein gutes Miteinander ist dadurch geprägt, dass sich nicht einer krumm macht und ein anderer profitiert, sondern Wohlstand und Fortschritt gesamtgesellschaftlich wachsen. In dieser Ausgabe berichten wir über unseren Beitrag zu einem guten Miteinander in der Stadt – ob in der Ehrenamtsförderung, bei der Gründung einer Gemeinschaftsschule oder im gemeinsamen Verkehrsraum Stadt.

Thomas Feske

GEMEINSCHAFTSSCHULE

Hohe Hürden

Nach 15 Jahren gelang es 2019 erstmals wieder, eine Unterschriftensammlung für einen Volksantrag zum Erfolg zu führen – für die Einführung der Gemeinschaftsschule in Sachsen. An über 50.000 Unterschriften kam selbst Sachsens CDU nicht vorbei und ebnete gemeinsam mit SPD und Grünen in der Landesregierung den Weg für längeres gemeinsames Lernen. Die gesetzliche Grundlage, also die Verankerung der Schulform der Gemeinschaftsschulen im Sächsischen Schulgesetz, schuf die Regierung des Freistaates im Sommer 2020 per Beschluss im Sächsischen Landtag. Dabei wurden die Hürden zur Gründung sehr hoch gesetzt. Hoch, aber nicht zu hoch: In Dresden nimmt nun die Gründung einer Gemeinschaftsschule Formen an, nach einer fraktionsübergreifenden Initiative aus der Mitte des Rates und unter Beteiligung einer engagierten Schulleitung und Lehrerschaft einer bereits existierenden Schule. » Seite 5

Bus und Bahn bewegen die Stadt

Warum die DIE LINKE mehr Geld für die DVB fordert, zugleich aber die Erhöhung der Fahrpreise ablehnt



Wenn Bus und Bahn eine ökologische Alternative für möglichst viele Menschen sein sollen, müssen sie bezahlbar sein

Alljährlich steigen in Dresden die Fahrpreise für Bus und Bahn. Das ist nicht nur in Dresden so, sondern überall in Deutschland. Ausnahmen gibt es vielleicht mal vor einem Wahljahr oder 2020 – natürlich wegen Corona. Angesichts der galoppierenden Inflation erscheint dies logisch: Alles wird teurer, also auch Bus und Bahn.

Die Sache hat nur einen Haken – die Tarife für den ÖPNV sind in den letzten zwei Jahrzehnten nicht nur mit der Inflation gewachsen, sondern viel stärker. Nicht wenige Verantwortliche träumen davon, die Fahrpreise so lange zu erhöhen, bis der Nahverkehr kostendeckend funktioniert. Andere glaubten, den städtischen Zuschuss in Dresden

bei 40 Millionen Euro jährlich deckeln zu können, und wieder anderen war der öffentliche Nahverkehr schlicht egal.

Geheimes Spargutachten

Unter strikter Geheimhaltung hat der Vorstand der Technischen Werke im Sommer untersuchen lassen, wo man bei den Dresdner Verkehrsbetrieben (DVB) Geld einsparen kann. Allein, die Sache kam ans Licht der Öffentlichkeit und ging nach hinten los. Das *Gutachten* enthielt solch horrenden Unsinn, dass es die Technischen Werke nicht einmal mehr veröffentlichen wollten – an eine Umsetzung gar nicht zu denken. Auf einen Antrag der LINKEN hin fand nunmehr eine Sachverständigenanhörung statt. Einhelliger Tenor der Sachverständigen: Die Dresdner Verkehrsbetriebe können nicht einsparen, sondern brauchen entschieden mehr Geld als bisher – mindestens 75 Millionen Euro Zuschuss jährlich.

DIE LINKE will auf keinen Fall Fahrpreise erhöhen

Gründe dafür gibt es viele: Die DVB gilt laut Fahrgastbefragungen als der beste Nahverkehr Deutschlands. Zugleich verdienen aber diejenigen, die die Fahrzeuge führen, immer noch deutlich weniger als in anderen Verkehrsunternehmen – ein unhaltbarer Zustand. Die Stadt wächst, auch die Zahl der Autos nimmt noch zu, gleichzeitig muss der Anteil des klimafreundlichen Nahverkehrs wachsen.

SPD und Grüne haben schon einen Finanzierungsweg gefunden: Man werde um »maßvolle Fahrpreisanpassungen« nicht herumkommen, ließ der zuständige SPD-Stadtrat wissen. Die Grünen äußerten sich diplomatischer, aber ähnlich. Wie man so die durch Corona abgesprungenen Fahrgäste zurück-, und für eine ökologischen Verkehrswende neue gewinnen will, bleibt ein Rätsel.

Blick nach Berlin

Nun verhandeln SPD und Grüne gerade in Berlin über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung. Da lohnt ein Blick in die Wahlprogramme. »Mobilität darf nicht vom Geldbeutel abhängen: Länder, Kommunen und Verbände wollen wir dabei unterstützen, attraktive Preisangebote bis hin zu ticketlosem ÖPNV zu machen und neue Finanzierungsquellen wie eine Umlagefinanzierung zu erschließen«, heißt es bei den Grünen. »Modelle wie das 365-Euro-Ticket oder Modellprojekte für einen ticketfreien Nahverkehr unterstützen wir«, schreibt die SPD.

Offensichtlich haben Sozialdemokrat:innen und Grüne vor Ort wenig Vertrauen zu ihren Leuten in Berlin. DIE LINKE aber will auf keinen Fall Fahrpreise erhöhen, *bevor* klar ist, welche finanzielle Unterstützung künftig tatsächlich aus Berlin zu erwarten ist; *danach* aber ehrlich gesagt auch nicht – weil wir darauf hoffen, dass nicht jeder vernünftige Ansatz der Koalition mit der FDP geopfert wird.

Jens Matthias

FAHRRADSTRASSEN

Für mehr Gerechtigkeit

Im September wurde am Kleinzschachwitzer Ufer die erste Fahrradstraße Dresdens für den Verkehr freigegeben. Auf einer Länge von 1,2 Kilometer wurden zwischen Meußlitzer Straße und der Fähre Kleinzschachwitz Markierungsarbeiten in den Kreuzungspunkten durchgeführt. Außerdem wurden die Vorfahrtsregelung geändert und die Beschilderung angepasst. Die Kreuzungsbereiche sind nun auffällig rot eingefärbt, zudem machen Piktogramme auf den Radverkehr aufmerksam.

Das Besondere: Auf der Fahrradstraße, die auch für Kraftfahrzeuge freigegeben ist, bestimmen Radfahrer:innen das Tempo und dürfen nebeneinander fahren. Alle Verkehrsteilnehmer:innen müssen sich unabhängig vom Verkehrsmittel an die Höchstgeschwindigkeit von 30 Kilometer pro Stunde halten. Da auf dem Kleinzschachwitzer

Ufer keine Fußwege vorhanden sind, dürfen Fußgänger:innen die Fahrradstraße nutzen, sollen aber am Fahrbahnrand laufen. Für Anwohner:innen ändert sich in Bezug auf die Erreichbarkeit von Grundstücken nichts, einzig das Parken ist nun aus Platzgründen untersagt. Alle Verkehrsteilnehmer:innen müssen – wie bisher auch – aufeinander Rücksicht nehmen.

In Zukunft sollen Fahrradstraßen die Radrouten im Nebenstraßennetz des gesamten Stadtgebiets deutlich sichtbarer machen. Aus linker Sicht sind Fahrradstraßen ein geeignetes Mittel, um für mehr Gerechtigkeit im Straßenverkehr zu sorgen. Die Stadt und die Straßen gehören schließlich allen. Die Zeiten, in denen Kraftfahrzeuge unwidersprochen den Verkehrsraum dominieren, müssen endlich der Vergangenheit angehören.

Anne Holowenko



Hier bestimmen Radfahrer:innen das Tempo



Wer die Verkehrswende will, muss jetzt die richtigen Weichen stellen

Auf die Schiene, nicht an die Börse

Dass bei der Bahn etwas passieren muss, weiß auch DIE LINKE, die die DB AG zu einer Bahn für Leute, Land und Klima reformieren will

Groß ist der Investitionsstau in die Infrastruktur, etwa in marode Brücken, weit hinkt die Bahn als ökologische Alternative zu Flug- und Güterverkehr hinterher. Corona macht es dem Unternehmen zusätzlich schwer. Da machen am Rande der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, Grünen und FDP bemerkenswerte Vorschläge der Monopolkommission für eine Zerschlagung der Bahn die Runde. Die Kommission ist als stramm neoliberal bekannt. Deren Vorschlag der »Trennung von Netz und Betrieb« ist daher nichts anderes als ein neuer Anlauf zur Privatisierung der Bahn. Der LINKE-Bundestagsabgeordnete und Verkehrsexperte Victor Perli skizziert eine linke Vision für die Bahn:

»[...] Man muss es klar sagen: Die neoliberalen Versprechungen der Bahnreform der neunziger Jahre, wonach ein an Markt und Wettbewerb orientierter Bahnkonzern effizienter und wirtschaftlicher arbeitet, haben sich nicht bewährt. Im Gegenteil: Durch die Umwandlung der Bahn in eine Aktiengesellschaft, den geplanten Börsengang und die Öffnung des Bahnsektors für private Wettbewerber hat die Politik demokratische Steuerungsmöglichkeiten aus der Hand gegeben und Tür und Tor für den Raubbau an einer traditionsreichen öffentlichen Infrastruktur geöffnet. Jetzt müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler viel

Geld für die heruntergewirtschaftete Bahninfrastruktur in die Hand nehmen.

Kein »Weiter so«

Für die politische Linke ist klar, dass es kein »Weiter so« geben darf. Wir wollen eine Bahn in öffentlicher Hand, die Menschen und Regionen verbindet, günstig und klimafreundlich. Eine Bahn, die in der Lage ist, den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen. Dazu braucht es keine Aktiengesellschaft, sondern ein öffentlich-rechtliches Unternehmen, das auf die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit ausgerichtet wird.

»Eine Bahnreform muss die Privatisierungsmaßnahmen zurücknehmen«

Eine Bahnreform für Leute, Land und Klima muss die Privatisierungsmaßnahmen zurücknehmen. Anstelle der Bilanzorientierung sollte wieder der Dienst an der Gesellschaft, also das Bereitstellen der Dienstleistung Mobilität, oberste Maxime sein.

Aus den etlichen Kleinunternehmen, die teilweise untereinander konkurrieren, sollte wieder ein Unternehmen in öffentlich-rechtlicher Hand und mit entsprechender Rechtsform werden. Die privatrechtliche sowie zersplitterte Struktur ist im Alltagsgeschäft die Ursache vieler Probleme, erheblicher Reibungsverluste und interner Störmanöver. Aus finanzieller Sicht muss dafür gesorgt werden, dass die Steuermittel in den Ausbau der Netze und die Modernisierung der Infrastruktur fließen.

Bahn als kulturelles Symbol

Für die politische Linke geht es bei der Bahn nicht nur um Verkehrspolitik. Sie ist auch ein soziales, ökonomisches und kulturelles Symbol, ob Menschen und Regionen abgehängt oder angebunden werden. Jeder geschlossene Bahnhof, jeder verwaiste Schalter, jede gestrichene Bahnstrecke verstärkt die Kluft in der Gesellschaft zwischen denen, die bequem mitkommen, und denen, die auf der Strecke bleiben. Der Rückbau von Bahnschienen steht stellvertretend dafür, dass in den letzten Jahrzehnten immer mehr Menschen und ihre Regionen auf dem Abstellgleis gelandet sind. In diesen Zeiten ist der Kampf um eine Bahn für alle auch einer um die politische Kultur als solche.«

Die Redaktion

MEINUNG

Irrweg Privatisierung

Bemerkenswert schnell drohen Grüne und SPD in den Koalitionsverhandlungen mit der FDP auf Bundesebene in puncto Bahnzerschlagung dem Privatisierungswahn zu erliegen. Mit der Rückendeckung durch die Menschen im Land sollten sie dabei nicht rechnen. Nicht zuletzt in Dresden zeigt sich, wie wichtig es ist, dass die wesentlichen Bereiche der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand verbleiben.

Da gibt es ein städtisches Klinikum, das seine Beschäftigten besser bezahlt als viele privatisierte Krankenhäuser und ein wichtiger Anker in der Pandemie ist. Da gibt es einen kommunalen Energieversorger, der in Zeiten explodierender Gaspreise sein Möglichstes unternimmt, um den Versorgungsauftrag für die Bevölkerung zu erfüllen und dabei die enorm gestiegenen Kosten nicht eins zu eins weiterzugeben. Da gibt es die Dresdner Verkehrsbetriebe, deren Nahverkehrsangebot zu den besten Deutschlands gehört und die eine gewichtige Rolle für die weitere Entwicklung beim Klimaschutz, einer ökologischen Verkehrswende und der Attraktivität unserer Stadt spielen.

Demgegenüber verdeutlichen die jüngsten Entwicklungen rund um das Sachsenbad einmal mehr, wozu Privatisierungen nur allzu häufig führen. Da wurde auf Betreiben des FDP-Oberbürgermeisters ein Kulturdenkmal an ei-



André Schollbach: »Öffentlich, weil's wichtig ist!«

nen sogenannten Investor verscherbelt. Der erklärte Wille der Bevölkerung, das Gebäude im Eigentum der Stadt zu behalten und als Bad zu revitalisieren, wurde bei dieser Entscheidung geflissentlich ignoriert. Ein Bad, das über mehrere Jahrzehnte ein Ort des öffentlichen Lebens und der Begegnung für die Menschen war, wird nun der Allgemeinheit entzogen und ganz im Sinne kapitalistischer Verwertungslogik zu Büroflächen nebst Yoga-Studio umgebaut.

André Schollbach

GEMEINSCHAFTLICHES WOHNEN

Verwaltung verschleppt



Hier ist Platz für alle Generationen

Fünf Grundstücke jährlich sollen laut einem Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2013 in Dresden nach Konzept ausgeschrieben werden – bei deren Vergabe entscheidet also nicht der Preis, sondern das beste Konzept. Hierauf bewerben sich Wohn- und Baugemeinschaften, die gemeinschaftlich Wohnformen umsetzen wollen. So etwa Wohnprojekte, die einen besonderen Fokus auf generationenübergreifendes Wohnen legen, das Wohnen von Menschen mit und ohne Behinderungen umsetzen, oder Projekte, die aktiv das Zusammenleben in der Nachbarschaft mitgestalten wollen.

Leider zeigt sich, dass beständig weniger als fünf Grundstücke pro Jahr ausgeschrieben wurden. Auch bei der Umsetzung der Vergaben arbeitet das Bauamt schleppend. Ganz aktuell will eine Baugemeinschaft in der Vorwerkstraße in der Friedrichstadt ein Projekt realisieren, in dem insgesamt 36 Personen im Alter von 1

bis 76 Jahren zusammenleben wollen. Die Ausschreibung erfolgte bereits 2019, der endgültige Zuschlag steht noch immer aus. Durch diesen Zeitverzug droht nun sogar das Wertgutachten für das Grundstück auszulaufen, eine Neubewertung (verbunden mit entsprechenden Kostensteigerungen) wäre notwendig. Auf eine mündliche Anfrage im Stadtrat sagte Baubürgermeister Kühn (Grüne), dass nun endlich im Januar 2022 der Bauausschuss über die Vergabe entscheiden solle. Das ist die letzte Chance, die Vergabe auf Basis des aktuellen Wertgutachtens zu vollziehen. Diese Trägheit des Bauamtes ist enttäuschend. Denn gemeinschaftliche Wohnformen sind ein wertvoller Beitrag für lebendige Quartiere. Wir wollen, dass nicht die Finanzkräftigen, die sich auch auf dem freien Grundstücksmarkt durchsetzen können, sondern vor allem Wohnprojekte, die mit ihrem Konzept überzeugen, durch gezielte Vergaben unterstützt werden.

Pia Barkow

Die Kuh melken, nicht schlachten

Das Italienische Dörfchen ist in den letzten Jahren in ein schwieriges Fahrwasser geraten. Nun musste der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften handeln

Auf dem Höhepunkt der sächsischen Macht oder seines Übermutes – das ist immer schwer auseinanderzuhalten – bewarb sich August der Starke um die Krone des Königs von Polen. Um die Bedingungen für den ausgeschriebenen Posten zu erfüllen, trat er 1697 zum katholischen Glauben über. Erst der Sohn des genannten Monarchen wagte, als König eines erzkatholischen Landes neben seiner kurfürstlichen Residenz im protestantischen Sachsen und Dresden dieser Konversion baulich Ausdruck zu verleihen.

Ursprünglich Baucontainer

Mit der Errichtung der Katholischen Hofkirche wurde der italienische Architekt Gaetano Chiaveri beauftragt. Chiaveri – es sollte schließlich eine stilechte katholische Kirche werden – baute seinerseits ebenfalls auf ausländische Fachkräfte. Die für sie zur Verfügung stehenden *Baucontainer* wurden damals noch dauerhaft und massiv ausgeführt, schließlich wurde von 1739 bis 1755 gebaut. Diese Unterkünfte und Baubüros direkt gegenüber der Baustelle –



Hier könnte bald Schluss sein mit der Gastronomie

Stadt der kurzen Wege – erhielten die Bezeichnung »Italienisches Dörfchen«. Hier lebten und arbeiteten die italienischen Steinmetzen, Zimmerleute und Maurer nebst ihren Familien. Zwar ist die Hofkirche ein barocker Bau, das Italienische Dörfchen in der jetzigen baulichen Fassung allerdings nicht. Wie fast die gesamte Brühlsche Terrasse ist auch

das heutige Italienische Dörfchen eine Schöpfung um die Jahrhundertwende 1900 und wurde 1911 vom bekannten Stadtbaurat Hans Erlwein entworfen. Im Krieg ausgebrannt, wurde das Bauwerk Mitte der fünfziger Jahre wieder aufgebaut.

Volatiles Geschäft

Das Anwesen gehört der Landeshauptstadt Dresden und ist schon seit 1992 verpachtet, wobei der Pächter auch die fällige Sanierung übernahm. Zunächst in einer exklusiven Lage und als Gastronomie leidlich konkurrenzlos, verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage seit 2003. Vereinbarung war eine Pacht von 16,1 Prozent des seinerzeitigen Grundstückswertes zuzüglich einer Wertsicherung auf Basis des Verbraucherpreisindex. Marktüblich bei Gewerbeimmobilien ist eine Pacht von sieben Prozent. Hinzu kam, dass sich das Umfeld ab 2017 in eine Baustelle wegen der Sanierung der Augustusbrücke verwandelte. Später verschärfte sich die Situation pandemiebedingt. Beharrt Dresden auf der hohen Pacht, droht eine Insolvenz des Pächters, der Heimfall der Immobilie und damit aber die auch nicht kostenlose Entschädigung des Pächters für die vorgenommene Sanierung und Ausstattung des Objektes.

Ob mit einer anschließenden Neuausschreibung ein besserer Pächter gefunden oder eine höhere Pacht erzielt werden kann, ist fraglich. Gastronomie ist ein sehr volatiles Geschäft. Getreu dem Motto, dass man die Kuh, die man melken will, nicht schlachten darf, hat der Bauausschuss rückwirkend ab 2018 eine marktübliche Pacht von sieben Prozent vereinbart. In dem fast dreißig Jahre laufenden Pachtvertrag hat die Landeshauptstadt Dresden bisher 7,6 Millionen Euro eingenommen.

Tilo Wirtz

Beharrt Dresden auf der hohen Pacht, droht eine Insolvenz des Pächters

Quo vadis Ehrenamt?

In Deutschland haben sich im Jahr 2020 laut einer Allensbach-Umfrage 17,1 Millionen Menschen ehrenamtlich engagiert

Zwei Drittel aller ehrenamtlichen Engagierten sind voll berufstätig oder Rentner, die früher berufstätig waren. Außerdem verfügen die Personen mit ehrenamtlichem Engagement über ein insgesamt höheres Haushaltsnettoeinkommen als der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung. Aktuell sind laut Aussagen auf der Webseite www.ehrensache.jetzt.de in Dresden 2394 ehrenamtliche Wochenstunden vergeben. Im Bereich Sport sind 2410 lizenzierte Übungsleiter:innen registriert. Wie wir wissen, gibt es darüber hinaus Menschen, die ohne Ehrenamtsförderung aktiv sind – zum Beispiel in der Betreuung von geflüchteten Menschen oder in politischen Parteien.

Ehrenamt als Luxus?

Die oben genannten Zahlen zeigen, dass ein solides Familieneinkommen die Basis für ehrenamtliche Arbeit ist, da ein Mensch trotz vielfältiger Förderung und Unterstützung vom Ehrenamt nicht leben kann. Auch wenn 2019 erstmals das Kommunale Ehrenamtsbudget als Pauschale in Höhe von 200.000 Euro vom Land Sachsen etabliert wurde und wenn mit der vom Stadtrat am 14. Oktober 2021 beschlossenen »Fort-schreibung des Konzepts zur Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements« eine eigene Fachförderrichtlinie zum Gegenstand geplant ist, sollen lediglich die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement bei den



Eine:r für alle, alle für eine:n – Ehrenamt stärkt die Gesellschaft

Dresdner:innen gestärkt, deren Qualifizierungsmöglichkeiten erweitert und die Anerkennungs- und Würdigungsformen für Engagierte ausgebaut werden. Das ändert nichts Grundlegendes an der bisherigen Struktur der Ehrenamtsförderung. Die Doppelbelastung bei geringem finanziellen Ausgleich für voll berufstätige Ehrenamtler:innen bleibt.

Es bleibt auch die Frage, warum die gesellschaftliche Anerkennung in verschiedenen Bereichen sehr unterschiedlich ist. So ist das Engagement

beim Katastrophenschutz, der Freiwilligen Feuerwehr, dem Deutschen Roten Kreuz, der Einsatz als Laienrichter:in bzw. Schöffe:in, das Engagement in der

Ehrenamt gehört zu einer lebendigen Demokratie

Jugendhilfe oder der Einsatz im Betriebsrat besonders anerkannt. Ehrenämter im Tierschutz, in der Obdachlosenhilfe oder beim DAMF (Deutsch Asyl Migration Flucht) sind gleichfalls wichtig und benötigen Zeit der Engagierten, genießen aber häufig geringere Anerkennung.

Nachdenken über neue Strukturen

Das ehrenamtliche Engagement – geleistet zusätzlich zur Erwerbsarbeit – bringt immer mehr Menschen an die Grenzen ihrer physischen wie psychischen Belastbarkeit. Nicht wenige geben ihren Ehrenamtsjob auf. Auch wenn ehrenamtliches Engagement zu einer lebendigen Demokratie gehört, ist es deshalb an der Zeit, grundlegend über die Möglichkeiten für nachhaltige Anerkennung und Umstrukturierung im Bereich des Ehrenamtes nachzudenken. Das könnte durch versicherungspflichtige Teilzeitjobs oder eine Vollzeitanzstellung geschehen. Auch eine Sammlung von Rentenpunkten für ehrenamtlich geleistete Arbeitsstunden wäre denkbar.

Eine Anstellung durch leistungsstarke Unternehmen bzw. den Bund, eine Reichensteuer, eine Steuer auf Millionenerbschaften oder eine gemeinnützige Abgabe für Einkommensmillionär:innen könnten Finanzierungsquellen sein. Es gibt genug Geld im System Deutschland. Es muss nur im Sinne der Allgemeinheit genutzt werden.

Margot Gaitzsch



Längeres gemeinsames Lernen könnte nun Realität werden

GEMEINSCHAFTSSCHULE

Jetzt wird's konkret

Seit Jahren kämpft DIE LINKE für ein längeres gemeinsames Lernen. Einen ersten Erfolg gab es im April dieses Jahres – der Stadtrat beschloss die Prüfung einer Gemeinschaftsschule im Dresdner Norden. Im August 2021 dann sah die Stadtverwaltung für das Vorhaben keine Perspektive – mit der Begründung, dass keine der ansässigen Schulen die geeignete Größe dafür habe und bei Umwandlung einer passenden Schule ein Gymnasium im Norden fehlen würde.

Die Gemeinschaftsschule als hoffnungsloser Fall in Dresden? Mitnichten! Die Stadtverwaltung schlägt nun die 151. Oberschule in der Albertstadt als geeigneten Standort vor. Dieser Standort beherbergt bereits jetzt Schülerinnen und Schüler aus Klotzsche und ist gut erreichbar.

Der Vorschlag der Verwaltung sieht nun die Fusion der 151. Oberschule mit der Universitätsgrundschule und der Universitätsoberschule zu einer Gemeinschaftsschule vor. Die Zusammenführung sei

notwendig, um die geeigneten Kapazitäten für zwölf Klassenstufen zu ermöglichen.

Ein großer Schritt, der nur deshalb gegangen werden kann, weil die »Initiative zu einer Gemeinschaftsschule im Dresdner Norden von der 151. Oberschule selbst aufgegriffen wurde«, wie LINKEN-Stadträtin Anja Apel klarstellt. »Im Gespräch mit der Schulleiterin überzeugte uns ihr Konzept. Wie werden auch zukünftig diese Schulen bei der Umsetzung ihres Konzeptes einer Gemeinschaftsschule unterstützen, das kann und muss auch eine räumliche Erweiterung einhalten.«

Der Standortwechsel sei dann akzeptabel, wenn »Klotzscher Schülerinnen und Schüler genügend Plätze« bekämen. »Denn im Norden von Dresden können wir längst nicht alle Nachfragen für die Oberschule und das Gymnasium erfüllen. Wir halten eine Lösung über eine festgelegte Quote für nötig und werden das auch in die weitere Diskussion einbringen.«

Die Redaktion



Braun ist keine Farbe des Regenbogens

GESCHLECHTERGERECHTE SPRACHE

Die AfD und ihre Angst vor der Wirklichkeit

Es scheint, als hätte die AfD keine anderen Aufgaben: Nach zahlreichen Anträgen im Landtag und im Bundestag, erreicht die Besessenheit der AfD von geschlechtergerechter Sprache auch Dresden. In einem gemeinsamen Antrag mit den Freien Wählern fordern sie das generelle Verbot geschlechtergerechter Sprache in der Stadtverwaltung. Das so oft von der AfD aufgemachte Szenario des Sprechverbots durch eine Sprache, die mehr als nur Mann und Frau kennt, erweckt die AfD damit selbst zum Leben. Bisher wird niemandem in der Verwaltung vor-

geschrieben, wie und was er*sie zu schreiben hat. Mit dem Antrag der AfD hätte das ein Ende.

Dabei geht es bei der Verwendung von geschlechtergerechter Sprache am Ende darum, Menschen mit einzubeziehen und sie sichtbar zu machen. Sprache hat die Aufgabe, Wirklichkeit abzubilden und sie verändert sich seitdem Menschen miteinander sprechen. Ob es der AfD gefällt oder nicht: Die Wirklichkeit, die sie mit ihrer Sprache abbilden wollen, existiert nicht. Sicher wollen sie wieder dahin zurück, aber dagegen haben wir etwas einzuwenden.

Leo Lentz

Mal über Cannabis reden

Plötzlich ist die Legalisierung von Cannabis in Dresden ein Thema. Der Antrag der Dissidenten-Fraktion droht dem wichtigen Anliegen aber einen Bärendienst zu erweisen.

Tilo Kießling kommentiert die Antragsinitiative



Feindbild in der repressiven Drogenpolitik: linksgrüne Weltverbesserer

»Gebt das Hanf frei!« rief Christian Ströbele 2002 während der Hanfparade in Berlin, und Stefan Raab produzierte daraus einen gleichnamigen Song. Dieser war wegen seines »Eieiei« im Keim sehr eingängig, manchmal in fröhlichen Momenten höre ich mir das an und manchmal rufe ich es aus. Dann eher, wenn irgendetwas zu billig und populistisch daherkommt. So etwa ein gegenwärtig in den Ratsgremien zu beratender Antrag der Fraktion Dissidenten. Diese werden übrigens in den internen Systemen der Rathausverwaltung mit DISS abgekürzt, und so etwa ist die Wirkung der Dinge, die sie tun.

Repressiver Ansatz unter Druck

Ernsthafter Einschub: Die weitgehende Freigabe von Drogen, begleitet durch Kontrollmaßnahmen für die Produk-

tion, Aufklärungsmaßnahmen für die Nutzer:innen und nach Notwendigkeit auch Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen für diejenigen, die dennoch dem Suchtpotenzial verfallen, ist schon sehr lange in der politischen Diskussion. Diese Diskussion ist eingebettet in eine globale politische Diskussion über die Drogenpolitik, bei der die repressive Komponente sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik immer wieder den willkommenen Anlass für gewaltförmige Intervention bietet. Allerdings verliert diese Position der drogenpolitischen Repression immer weiter an Boden. Grund dafür ist einerseits die schwache Begründungslage, bei der Alkohol akzeptiert wird, andere Rauschmittel aber trotz deutlich geringerer Schadenswirkung hart verfolgt werden. Grund ist ebenso die Abnutzung des Mittels der Drogenpolitik als Interventionsgrund in der internationa-

len Politik und nicht zuletzt gerät eine harte Drogenpolitik unter Druck, weil sich mit Produktion und Handel von Drogen natürlich auch ein lukrativer Wirtschaftszweig eröffnet.

All das spiegelt sich dann natürlich in der innerdeutschen Debatte wider, bei der sich nun in der neuen Ampelkoalition auf Bundesebene eine Freigabe zumindest von Cannabis anzudeuten scheint.

Was das Modellprojekt genau erreichen soll, verschweigen uns die Helden der Freiheit

Aber natürlich finden sich allüberall noch die Freund:innen der Repression, die entweder die lange ventilierten Begründungen der Drogenverfolgung glauben oder denen einfach der stilisierte Kiffer mit langen Rastas als Sinnbild des linksgrün versifften Zeitgeistes erscheint.

Schwacher Antrag, keine Zielstellung

Unsere Dissidenten nun wollten mit einem dahingeschmierten Antrag ein wenig teilhaben an dieser großen Bewegung. Sie beantragen in zwei Punkten, es möge heiße Luft gemacht werden, (»Der Oberbürgermeister soll sich einsetzen, dass ...«). In einem dritten Punkt kommen sie zur Sache und werden geradezu revolutionär: Es soll ein Modellprojekt nach dem Betäubungsmittelgesetz konzipiert und einem wichtigen Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte zur Abstimmung vorgelegt werden. Ja, so muss das! Ein Modellprojekt! Was es genau erreichen soll, verschweigen uns die Helden der Freiheit. Aber sie fürchten sich auch gleich ein wenig vor ihrer Courage. Denn sie schlagen sofort vor, wer das Modellprojekt mit erarbeiten soll: Unsere geliebte sächsische Polizei.

Eieiei. Ein Pirat, ein Die-Partei-Soldat und zwei beleidigte Grüne haben die Tür zur Freiheit entdeckt. In einem von der sächsischen Polizei mitkonzipierten und dann von einem Bundesinstitut genehmigten Modellprojekt unklarer Zielstellung liegt nun also nach der Dissidenten-Vorstellung die Hoffnung der Kiffer:innen Dresdens. Um das zu verstehen, brauche ich erst mal ein Bier.

Neufassung der Kulturförderung

Kulturschaffende brauchen Sicherheit, faire Honorare und guten Nachwuchs – all das wird mit der neuen Richtlinie für die Kulturförderung angestrebt

Die Neufassung der Kulturförderung bedeutet in vielen Bereichen eine grundsätzliche Veränderung der bisherigen kulturellen Förderung, die den realen Begebenheiten und den Zielen des Kulturentwicklungsplanes nicht mehr gerecht wurde. Der Neufassung ging ein Beteiligungsprozess voraus, in den die Künstler:innen umfangreich eingebunden waren. In einer von der Verwaltung organisierten Veranstaltung erzählten zum Beispiel Künstler:innen von ihrer ganz persönlichen Situation und beschrieben, unter welchen Arbeits- und Lebensbedingungen sie künstlerisch tätig sind. Eine solche Sensibilisierung für die zum großen Teil unter prekären Verhältnissen arbeitenden freien Künstler:innen war wichtig und notwendig.

In der Folge ist nun eine der Bedingungen der künftigen kommunalen Kulturförderung die Bezahlung von Honoraruntergrenzen. Eine weitere Neuerung: Damit junge Menschen nach der Ausbildung an unseren drei Ausbildungsstätten für Kunst und Kultur – die Hochschule für Bildende Künste, die Hochschule für Musik Carl Maria von Weber sowie die Palucca Hochschule – auch in der Stadt bleiben, ist es notwendig, ihnen den Start hier zu ermöglichen. Dies tun wir in der neuen Kulturförderrichtlinie durch eine deutliche Erweiterung im Bereich der Stipendienförderung.



Ohne Existenzängste spielt es sich besser

Mehr Sicherheit in der Kultur

Neu gefasst wird auch die Mehrjahresförderung in der institutionellen Förderung für Einrichtungen, welche einen Auftrag der Stadt umsetzen. Dies könnte zum Beispiel für die Volkshochschule zutreffen. Aber auch die Projektförderung kann nunmehr dreijährig sein. Dies gibt

mehr Sicherheit bei der Planung und Durchführung von Veranstaltungsformaten wie kleineren Festivals, Filmtagen und ähnlichem und führt vielleicht dazu, dass das kulturelle Programm der Stadt Dresden noch vielfältiger wird.

Natürlich gilt: Als LINKE werden wir uns weiter für eine Erhöhung der Kommunalen Kulturförderung einsetzen.

Anja Apel

INVESTIVE KULTURFÖRDERUNG

Ein großer Schritt

Wer sein Atelier ausbauen möchte, konnte in Dresden schon bisher Kulturförderung beantragen. Auch wer seine Kirche vergrößern wollte, hätte theoretisch über die Sakralbauförderung Geld bekommen können. Praktisch hat das in letzten Jahren wegen hoher Eigenmittelanforderungen niemand in Anspruch genommen. Diese beiden Förderungsarten werden in einer neuen, sogenannten Fachförderrichtlinie zusammengefasst. Zusätzlich wird eine wirtschaftlich notwendige Fördermöglichkeit geschaffen: Kulturinstitutionen sind berechtigt, sich Investitionen fördern zu lassen. Das ist dann besonders wichtig, wenn dadurch weitere Geldmittel von dritter Seite aufgetrieben werden können.

Damit haben freie Träger von Kulturarbeit sowie Künstler:innen und Kreativschaffende eine zusätzliche Möglichkeit, sich notwendige Anschaffungen wie Technik und Ausstattung oder kleinere Baumaßnahmen fördern zu lassen. Die Produktions- und Arbeitsbedingungen werden verbessert. Die Kulturverwaltung reagiert mit dieser Fachförderrichtlinie auf Bedarfe und seit Jahren artikulierte Schwierigkeiten der freien Kulturszene, die von sich aus in der Regel nicht in der Lage ist, Investitionshaushalte zu bilden und Anschaffungen aus eigener Kraft nur sehr schwer stemmen kann. Insofern ist diese Richtlinie ein großer Wurf der Kulturverwaltung um die linke Kulturbürgermeisterin Annetrin Klepsch und stellt sich in eine Reihe weiterer Verbesserungen der Fassung kommunaler Kulturförderung, wie zum Beispiel eine neue Richtlinie zur Kulturförderung insgesamt.

Magnus Hecht

GARNISONSFRIEDHOF

Erinnerung spenden



Unseren Befreiern eine würdige Ruhestätte!

Über die Annahme von Spenden über 10.000 Euro an die Landeshauptstadt muss der Stadtrat oder zumindest eines seiner Gremien entscheiden. Die Annahme einer besonderen Sachspende hat der Finanzausschuss Mitte September beschlossen. Dabei handelt es sich perspektivisch um eine Viertel Million Euro – in drei Schritten gespendet durch die Russische Botschaft für die Sanierung des Nordflügels des Garnisonfriedhofes. Die dortigen 600 zivilen Gräber von Angehörigen der Roten Armee stehen zwar unter Denkmalschutz, der Erhalt dieses Friedhofsabschnitts war in den letzten Jahren nie wirklich gesichert. Die Sachspende von russischer Seite könnte das jetzt ändern.

Die Redaktion



Mehr Platz für Kreativität



Verscherbelt: das Sachsenbad

GANZ HINTEN LINKS

Alles neu?

Vor 92 Jahren öffnete das Sachsenbad, ein einzigartiges Denkmal des *Neuen Bauens* in Dresden. Ein modernes Schwimmbad in einem Arbeiterviertel - etwas damals sehr Fortschrittliches. Immerhin unter einem liberalen Oberbürgermeister. Vor 27 Jahren wurde das Bad geschlossen. Seitdem warten die Leute in Pieschen und darüber hinaus auf eine Sanierung und Neueröffnung, die ihnen immer wieder versprochen wurde. Von Wagner über Orosz bis Hilbert. Schließlich werden Schwimmhallen in Dresden dringend gebraucht. Nun hat es sich Dresdens derzeitiger OB anders überlegt. Das Sachsenbad wurde gegen den mehrfach erklärten Bürgerwillen verkauft und sieht einer großen Zukunft als Bürohaus entgegen.

Aber Hilbert wäre nicht Hilbert, wenn das schon alles wäre. Zugleich versprach er Dresden ein »Neues Sachsenbad«. Dieses sollte aus dem Verkaufserlös des Sachsenbades bezahlt werden und direkt hinter dem alten Bad und neuem Bürohaus entstehen. Also genau dort, wo sich jetzt viele Dresdner Kleingärten befinden. Das wegfallende Grün wird problemlos durch die Rasendächer auf den neuen Haltstellenhäuschen ersetzt, die ihrerseits die derzeitigen, noch recht soliden 800 Unterstände nach ihrem Abriss ersetzen sollen. Apropos solide: Ist es nicht ein großes Glück, dass Dresden einen FDP-Oberbürgermeister hat, der so geschickt liberale Tradition, ökologische Nachhaltigkeit und finanzpolitische Vernunft verbindet?

Jens Matthis

KAUFPARK NICKERN

Linke Akzente

Nach 2014 schrieb DIE LINKE in ihrem Kommunalwahlprogramm: »Dresden genehmigt keine weiteren Groß-Einkaufszentren [...]«. Was aber, wenn das Groß-Einkaufszentrum - wie im Falle des Kaufparks Nickern - bereits da ist, für 300 Millionen Euro abgerissen und neu aufgebaut werden soll? »Nach 25 Jahren so ein Areal platt zu machen, ist erschütternd«, sagt LINKEN-Bauexperte Tilo Wirtz. Für DIE LINKE bestand die Zielstellung vor diesem Hintergrund, möglichst viele ökologische bzw. linke Akzente zu setzen. Nicht alles ließ sich durchsetzen - das Aufstocken des Kaufparks mit Wohnungen, Investitionen in das Gebiet um den Jacob-Winter-Platz, sollte es für das Prohlis-Center zu Einnahmeausfällen kommen, wurden im Bauausschuss mehrheitlich abgelehnt.

An anderer Stelle gelang es: Der Investor verpflichtet sich zu einer Holz-Hybrid-Bauweise und minimiert den Einschlag bei Großgehölzen. Zu guter Letzt werden Verkaufsflächen für Waffen und Munition im Rahmen des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan nicht zugelassen.

Die Redaktion



Im Hintergrund sieht's bald anders aus

PERSONAL

Bewerbung für Stadtbezirksamtsleitung



Hat viel vor: Thomas Grundmann

Christian Wintrich, Stadtbezirksamtsleiter für Pieschen und Klotzsche, geht zum Ende des Jahres in den Ruhestand. Für seine Nachfolge macht die Stadtverwaltung einen Vorschlag, den DIE LINKE voll und ganz unterstützt: Thomas Grundmann, Mitglied der Dresdner LINKEN und bisher persönlicher Referent unserer Kulturbürgermeisterin Annekatriin Klepsch.

Grundmann selbst unterstreicht, dass es DIE LINKE war, »die die Vision hatte, den Stadtbezirken mehr Kompetenzen und mehr Verantwortung zu übertragen. Dass dieses Vorhaben mit der Stadtbezirksverfassung im Stadtrat durchgesetzt wurde, ist ein großer Erfolg. Aber der Beschluss ist erst der Anfang, auf die Umsetzung kommt es an!

Die neu geschaffenen Möglichkeiten, in den Stadtbezirken gestaltend wirken zu können, müssen mit Leben erfüllt und weiterentwickelt werden. Diesen Gestaltungsanspruch möchte ich im neuen Amt mit größtmöglicher Transparenz und unter Einbeziehung der Stadtbezirksbeiräte unterstützen und umsetzen - nicht zuletzt mit den Menschen und Initiativen vor Ort.« Die Redaktion

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.

Thomas Feske

Kontakt

Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion

Thomas Feske, Susann Dietzschold,
Luca-Alexander Lobe

Autor:innen dieser Ausgabe

Anja Apel, Pia Barkow, Thomas Feske,
Dr. Margot Gaitzsch, Magnus Hecht,
Anne Holowenko, Tilo Kießling, Leo Lentz,
Jens Matthis, André Schollbach, Tilo Wirtz

Redaktionsschluss

4. November 2021

Bildnachweise

burts / Wikimedia Commons (1); unpungato / iStock (2); rumuba / photocase.de (2); Gleise / Pixabay (3); Archiv Fraktion (3); Vorwerkstraße / wohnkultur.haus (4); Nikolai Karaneshev / Wikimedia Commons (4); Ehrenamt, Schule / Pixabay (5); Regenbogen, Cannabis/Pixabay (6); X-Weinzar / Wikimedia Commons (7); Musiker, Atelier/Pixabay (7); Wikimedia Commons (8); Sachsenbad, Kaufpark Nickern / Wikimedia Commons (8); Archiv Fraktion (8)

Gestaltung und Satz

Ostsüdost

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Druck

LR Druckerei GmbH

Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 3000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat